

**Beschluss
des 104. Ordentlichen Landesparteitages
der FDP Baden-Württemberg
am 5. Januar 2009
in Stuttgart**

Rahmenprogramm zur Kommunalwahl 2009

Libérale Kommunalpolitik

Libérale Kommunalpolitik folgt der Vernunft und den praktischen Erfordernissen vor Ort. Weltanschauliche Scheuklappen sind nicht angebracht. Sie ermöglicht den Ausgleich zwischen Interessen, vermittelt zwischen Extremen. Liberale Kommunalpolitik gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Chance, ihr Leben vor Ort selbst in die Hand zu nehmen und nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten.

Die Werte Eigenverantwortung und Gemeinsinn brauchen wieder mehr Gewicht! Bauen wir eine starke Bürgergesellschaft auf! Mit Menschen, die sich füreinander verantwortlich fühlen. Mit Frauen und Männern, die nicht zuerst fragen, was der Staat für sie tun kann - sondern die die Dinge selbst in die Hand nehmen wollen. Wir, die Freien Demokraten, sind dazu bereit.

Kommunale Finanzpolitik

Situation

Das kommunale Steueraufkommen hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Dies gilt sowohl für die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wie für den kommunalen Anteil an der Einkommensteuer und genauso für die Anteile am Steueraufkommen des Landes, die den Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich zufließen.

In der überwiegenden Zahl der Fälle war es den Kommunen möglich, Rückstände bei der Sanierung und Modernisierung öffentlicher Infrastruktur in Teilen abzubauen, vermehrt Schulden zu tilgen oder Rücklagen für Zeiten schwächerer konjunktureller Entwicklung zu bilden. Der Schuldenstand der baden-württembergischen Kommunen, je Einwohner im Vergleich der Bundesländer ohnehin der niedrigste, konnte verringert werden.

Gleichwohl ist die Finanzlage der Kommunen nicht stabil: Trotz einer anerkennenswerten Beteiligung von Land und Bund haben die Kommunen den Hauptteil des Ausbaus der Kinderbetreuungsangebote für Kinder im Alter von unter drei Jahren zu tragen. Die Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten im Rahmen von Hartz IV bleibt weit hinter der zugesagten Entlastung zurück. Die gesetzlichen Sozialleistungen insbesondere im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, die die Kreishaushalte betreffen, steigen kontinuierlich an, ohne dass nennenswerte Steuerungsmöglichkeiten bestünden.

Aufgrund dieser Sachlage wirkt sich ein Abschwächen der Konjunktur innerhalb kurzer Zeit auch auf die Leistungsfähigkeit der kommunalen Haushalte aus: Wachsende Aufwendungen für Sozialleistungen, denen kein steigendes Steueraufkommen mehr gegenübersteht, können von den Kreisen nur über eine Erhöhung der Kreisumlage aufgefangen werden. Höhere Kreisumlagesätze und verringerte Einnahmeerwartungen der Gemeinden schwächen die Investitionskraft der Kommunen und führen erneut zur Zurückstellung von Investitionen in die kommunale Infrastruktur, die aus ökonomischen wie ökologischen Gründen gerade nicht zurückgestellt werden dürften.

FDP – Standpunkte

Wir treten ein für eine kommunale Haushaltswirtschaft, die einen Haushaltsausgleich grundsätzlich ohne Kreditaufnahmen erreicht. Wir wollen in wirtschaftlich guten Zeiten Konjunkturausgleichsrücklagen bilden, die es erlauben, die kommunalen Investitionen im konjunkturellen Abschwung zu verstetigen, statt der wirtschaftlichen Entwicklung hinterher zu sparen. Sind ausnahmsweise Kreditaufnahmen erforderlich, sind sie von vornherein mit einem verbindlichen Tilgungsplan zu versehen.

Wir treten ein für eine konsequente energetische Sanierung kommunaler Infrastruktur z.B. im Bereich von Schulen, Sporthallen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Mit Hilfe von Zuschüssen oder zinsverbilligten Darlehen von Bund und Land rechnen sich viele dieser Maßnahmen. Wir wollen auf diesem Weg bis 2030 eine 40%ige Verringerung der Kohlendioxid-Emissionen bei kommunalen Liegenschaften erreichen. Dabei setzen wir auch auf die Umsetzung von Contracting- und ppp-Modellen.

Um kostenintensive Schwerpunktsetzungen wie beim Ausbau der Betreuungsangebote für Kleinkinder finanzieren zu können, ohne den Gesamthaushalt einer Gemeinde zu überfordern, treten wir ein für eine konsequente Aufgabenkritik: alle Bereiche kommunaler Betätigung müssen daraufhin überprüft werden, wie eine rationellere Aufgabenerledigung möglich ist, ob Aufgaben an Dritte (z.B. freie Träger, private Unternehmen) übertragen werden können und welche Aufgaben entfallen können.

Wir treten - auch auf Bundes- und Landesebene - dafür ein, aus der Tatsache, dass die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen keine Unterabteilung der Sozialhilfe ist, mit der man die Kommunen getrost allein lassen kann, sondern eine gesamtstaatliche Aufgabe, die weiter an Bedeutung gewinnen wird, endlich Konsequenzen zu ziehen: Bund und Länder haben sich gleichgewichtig am Aufwand der Eingliederungshilfe zu beteiligen.

Wir treten dafür ein, dass sich die Kommunen rechtzeitig auf das neue kommunale Haushaltsrecht vorbereiten, dessen Anwendung In Bezug auf die kommunale Doppik spätestens 2016 verbindlich wird. Mit dem Übergang von einer bisher zahlungsorientierten zu einer ressourcenorientierten Haushaltswirtschaft muss zugleich eine deutliche Verbesserung der Steuerungskompetenz der Kommunen und eine größere Transparenz des Haushalts- und Rechnungswesens für die Bürgerschaft und den Gemeinderat verbunden sein.

Bedenklich ist es unter liberalen Aspekten, dass immer wieder, durch Forderungen von Bund und Land, Aufgaben von Städten und Gemeinden wahrgenommen werden müssen, deren Kostendeckung vor Ort durch fehlende Beachtung des *Konnexitätsprinzips (1)* der Bundes- und Landesebene nicht gewahrt ist. Die FDP-Landtagsfraktion hat das Konnexitätsprinzip durch Änderung der Verfassung und durch eine ergänzende Ausführungsgesetzgebung in Baden-Württemberg deutlich verankert und verschärft.

Kommunale Wirtschaftspolitik

Situation

Die wirtschaftliche Entwicklung der Konjunktur in Baden-Württemberg war in den vergangenen Jahren positiv. Indikatoren dafür sind die im Bundesdurchschnitt geringen Arbeitslosenzahlen sowie die positive Arbeits- und Ausbildungsplatzentwicklung.

Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft nach Osten führte in den letzten Jahren zu einem Exportschub zu Gunsten der wirtschaftlichen Entwicklung in Städten und Gemeinden des Landes.

In der kommenden Legislaturperiode wird die Konjunktur als Folge der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise abflachen und daher sind liberale Konzepte zur Stärkung der heimischen Wirtschaft gefragt.

FDP – Standpunkte

Städte und Gemeinden müssen weiterhin ein positives Klima für Gewerbe, Dienstleistungen, Handwerk und Industrie vermitteln. Betriebe sind ein wichtiger Bestandteil der örtlichen

Gemeinschaft.

Die FDP wird sich vor Ort konsequent jeglichen Bestrebungen der Haushaltssanierung durch Erhöhung der Gewerbesteuer widersetzen. Wir setzen uns für die Abschaffung der Gewerbesteuer ein und wollen sie durch ein Konzept der Kommunalfinanzierung ersetzen, das für die Gemeinden ein ausreichendes Finanzierungsniveau gewährleistet und ihnen stetige Einnahmen sichert. Die Gemeinden erhalten einen auf 12% erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer und einen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die örtliche Wirtschaftsförderung ist durch den Einsatz von Fachleuten mit Wirtschaftskompetenz zu stärken. Bei der Wirtschaftsförderung ist die Bestandspflege bestehender Betriebe ebenso wichtig wie das Bemühen, neue Betriebe in Städten und Gemeinden anzusiedeln. Bestandspflege bedeutet mit Betrieben das gegebenenfalls wichtige Thema der Unternehmensnachfolge zu verhandeln und Hilfestellungen anzubieten. Städte und Gemeinden sollten ihren Spielraum nutzen, zum Abbau von Genehmigungshürden (Baurecht, Gewerberecht) beizutragen. Die zeitnahe, positive Entscheidung über Anträge im Bau- und Gewerberecht sind wesentliche kommunale Standortvorteile im Wettbewerb um Betriebe. Städte und Gemeinden sollten als Serviceleistung Gewerbeflächendeckungen führen, um ansiedlungs- oder erweiterungswilligen Betrieben eine transparente Standortbasis zu vermitteln. Städte und Gemeinden sollten die Richtlinien für Vergaben von Bauleistungen derart ausnutzen, dass möglichst viele Vergaben an regional ansässige Betriebe erfolgen können. Die FDP begrüßt die Heraufsetzung von Wertgrenzen, die bei der Vergabe von Bauleistungen den örtlichen Betrieben mehr Auftragschancen verleihen.

Der Rückzug der Kommunen aus eigenen Wirtschaftsbeteiligungen stärkt den privaten Wirtschaftssektor. Liberale Wirtschaftspolitik wird deshalb die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen weiter begrenzen und nicht-hoheitliche Aufgaben und Dienstleistungen wieder Privaten zukommen lassen. Das Gemeindegewirtschaftsrecht wurde 2005 auf Druck der FDP zum zweiten Mal verschärft. Nun ist durch die Einführung eines Anhörungsrechtes der öffentlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel im Gemeinderat vor einem Tätigwerden der Gemeinde außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge sowie die Einführung eines Klagerechtes für die Zukunft sichergestellt, dass private Aufgabenerledigung - in Bereichen außerhalb der Daseinsvorsorge - gegenüber einer wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand Vorrang hat.

Städte und Gemeinden sollten nicht nur vom eigenen Rathausurm blicken. Konkurrenzfähige Wirtschaftsförderung setzt heute eine regionale Zusammenarbeit mit entscheidungsfähigen operativen Einheiten voraus.

Effiziente Verwaltung / kommunale Pflichtaufgaben

Situation

Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg haben auf dem Weg zu einer effizienten Verwaltung noch große Anstrengungen zu unternehmen. Noch gibt es zu viele freiwillige kommunale Leistungen, die finanzielle Mittel und Personal dauerhaft binden.

Die kommunalen Möglichkeiten, Aufgaben auf Private zu übertragen, werden vielerorts nicht ausreichend untersucht und genutzt. Dies können z.B. Pflegedienste von Straßen und Grünanlagen, Vervielfältigungen, Hausmeistertätigkeiten, kommunale Bestattungen sein.

Manche Städte und Gemeinden erkennen noch nicht, dass kommunale Aufgaben mit dem Ziel einer effizienten Verwaltung, auch durch Private oft besser wahrgenommen werden können.

FDP – Standpunkte

Ein Ziel der FDP zur schlanken Verwaltung ist die Reduzierung von Aufgaben auf unabdingbare Kernaufgaben, die aufgrund ihres hoheitlichen Charakters nicht auf Private übertragen werden können.

Die FDP ist der Überzeugung, dass z.B. Gärtnereien, Bestattungsunternehmen, Vermessungsämter oder Kantinen nicht von den Kommunen betrieben werden müssen.

Ob freiwillige kommunale Leistungen ihren angedachten Zweck noch erfüllen, ob sie zeitgemäß sind und ob das Verhältnis von Personal- und Kostenaufwand noch im angemessenen Nutzwert steht, muss regelmäßig überprüft werden. Die Einführung neuer freiwilliger Leistungen sollten mit einem Fristablauf versehen werden.

Eine große Vielzahl freiwilliger kommunaler Leistungen liegt in der Unterstützung der Tätigkeit von Institutionen, Vereinigungen und freien Initiativen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Sozial- und Gesundheitspolitik, im kulturellen Bereich und in der Umweltpolitik. Hier ist sicherlich auch eine regelmäßige Überprüfung der freiwilligen Leistungen geboten, allerdings sollte beachtet werden, dass viele Beziehungen zum Ehrenamt bestehen und solche freiwilligen Leistungen bereits im Grenzbereich zur Pflichtaufgabe sind.

Die FDP fordert, alle kommunalen Leistungsbereiche dahingehend zu untersuchen, ob sie auf Private übertragen werden können. Kommunale Privatisierungsbeiräte oder Strukturkommissionen können zielführende Weichen auf dem Weg zu schlanken Verwaltungen sein.

Bürgerbeteiligung und -mitwirkung; Bürgerrechte

Situation

In vielen Städten und Gemeinden des Landes werden Bürgerbeteiligungen und Bürgerrechte umfangreich praktiziert. In manchen Städten und Gemeinden sind aber die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements längst nicht ausgeschöpft. Die Verantwortlichen in den Rathäusern erkennen häufig die Möglichkeiten der Gemeindeordnung nicht und Jugendgemeinderäten fehlen oft wirkliche Mitwirkungsmöglichkeiten.

FDP – Standpunkte

Bürgerinnen und Bürger nehmen vielerorts aktiv am kommunalen Leben ihrer Stadt oder Gemeinde teil. Das bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger eigeninitiativ sind, am kommunalen Geschehen mitzuwirken, aber auch, dass die Kommune selbst Möglichkeiten der Bürgermitwirkung darlegen muss.

Eine entwickelte Beteiligungs- und Teilhabekultur in Städten und Gemeinden beginnt bei kleinen Anlässen bis hin zu großen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung durch Bürgerversammlung, Bürgerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid.

Liberalen sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und sich im bürgerschaftlichen Engagement selbst einzubringen. Sie erwarten auch, dass die Stadt oder Gemeinde in Verwaltung und Politik ihr Potential nutzt, offen gegenüber den Bürgern zu sein.

Wesentliche Merkmale liberaler Rathauspolitik ist es, unter Beachtung gesetzlicher Vorschriften Entscheidungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse in öffentlicher Sitzung stattfinden zu lassen. Zu wichtigen Entscheidungen im Gemeindegebiet, wie Haushaltsberatungen, Entscheidungen über neue Verkehrsführungen, Aufstellung von Flächennutzungs-, Bebauungs- oder Generalverkehrsplänen, sollten kommunale Bürgerversammlungen stattfinden, um diesen Vorhaben mehr Transparenz zu verleihen.

Mehr Bürgerrechte haben ihre Grenzen im Datenschutz. Dies ist auch auf kommunaler Ebene ein unliberales Thema. Es betrifft insbesondere persönliche und grundstücksbezogene Daten, deren Öffentlichmachung auch bei kommunalen Entscheidungen unzulässig ist.

Die FDP hat sich auf Länderebene in den letzten Jahren stark und erfolgreich für mehr Bürgerentscheide und Erleichterungen beim Zustandekommen eingesetzt.

Sicherheit auf kommunaler Ebene

Situation

Bürgerinnen und Bürger, die sich in einer Stadt oder Gemeinde nicht sicher fühlen, werden sich auch nicht mit ihr identifizieren.

Städte und Gemeinden verzeichnen vielerorts Abnahmen von Klein- und Schwerstkriminalität, Drogenkonsum und Vandalismus. Es gibt jedoch landesweit, eher mit Schwerpunkt in den Ballungszentren, konstante Brennpunkte mit teilweiser Zunahme von Delikten.

Videoüberwachungen werden zunehmend an sozialen Brennpunkten installiert. Sie finden aber auch häufig ohne zwingenden Grund an Orten statt, an denen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gegeben ist.

FDP – Standpunkte

„Hinsehen und sich Einmischen statt Wegschauen“ sind Grundsätze der FDP, um mehr Sicherheit auf kommunaler Ebene zu erzielen. Bürgerinnen und Bürger müssen sich in ihrer Stadt oder Gemeinde sicher fühlen. Das Verantwortungsgefühl unter Nachbarn kann durch bürgerschaftliches Engagement, durch intensive Zusammenarbeit mit der Polizei, durch Präventionsarbeit sowie durch Aufklärung gestärkt werden. Die Senioren als große Gruppe in der Bevölkerung können durch ihr sicherheitsbewusstes Verhalten, durch Zivilcourage als Zeugen von Straftaten und die Vermeidung vorhersehbarer Gefahrensituationen als Vorbild wirksam werden.

Eine verlässliche Polizeipräsenz auf den Straßen, an Bahnhöfen oder im Umfeld von Betrieben ist notwendig, reicht aber allein nicht aus. Bürgerschaftliche Hilfe in Zusammenarbeit mit der Polizei bildet einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung.

Wir treten für die Bildung von kommunalen Sicherheitsbeiräten ein, deren Aufgabe es ist, Schwerpunkte der Kriminalität aufzulisten, Sicherheitsschwachstellen wie Bahnhöfe, Radwege, Haltestellen, Unterführungen und Kinderspielplätze zu untersuchen und Pläne für ein präventives Handeln zu entwerfen. Diese kommunalen Sicherheitsbeiräte sollen intensiv mit der Polizei und den Medien zusammenarbeiten. Gerade auch ältere Bürgerinnen und Bürger sollten verstärkt einbezogen werden.

Offene Jugendarbeit vor Ort ist ein wesentliches Mittel der Kriminalprävention; gute Jugendpolitik in einer Gemeinde und bewährte Jugendarbeit in Vereinen sind wesentliche Schritte zur Vermeidung von Kriminalität. An schulischen Brennpunkten sollten Schulsozialarbeiter eingestellt werden.

Örtliche Drogenpolitik beginnt bereits durch Aufklärungsveranstaltungen in Schulen und Vereinen. Wir setzen einerseits auf die konsequente Bekämpfung des Drogenhandels, andererseits aber auch auf die Hilfe für Schwerstabhängige, um die Beschaffungskriminalität wirksam zurückdrängen zu können.

Aber davor muss die Prävention ansetzen. Kinder dürfen nicht allein gelassen werden. Das ist Aufgabe der Familie – die Schule kann das alleine nicht richten. Aber es ist auch die Aufgabe des Umfelds, der Verwandtschaft, der Nachbarn, von uns allen. Eingreifen statt wegsehen. Und helfen.

Videoüberwachung von öffentlichen Einrichtungen (Straßen, Plätze, öffentliche Gebäude oder Bahnhöfe) sind nur dann, mit zeitlicher Begrenzung, zu befürworten, wenn diese Überwachungen der Gefahrenabwehr dienlich sind. Sie sind aus Sicht der FDP aber kein adäquates Mittel zur Bekämpfung von Kriminalität. Die restriktive Rechtslage im Landespolizeigesetz, die Videoüberwachung einzusetzen, darf auf kommunaler Ebene nicht unterlaufen werden.

Bildung, Ausbildung, Weiterbildung

Situation

Im Zuge der demographischen Entwicklung stehen die Kommunen immer mehr im Wettbewerb um die Ansiedlung von jungen Familien. Dabei ist ein gutes Betreuungs-, Bildungs- und Ausbildungsangebot ein großer Standortvorteil. Auch örtlich ansässige Gewerbetreibende und Unternehmen brauchen diese Angebote bei ihrem Bemühen um die Anwerbung von Mitarbeitern.

Deshalb muss jede Kommune um ein ausreichendes und möglichst vielfältiges Angebot an Betreuungseinrichtungen, Schulen und Weiterbildungsmöglichkeiten bemüht sein, wo nötig auch

im regionalen Verbund oder durch überörtliche Zusammenarbeit. Die insgesamt sinkende Zahl schulpflichtiger Kinder eröffnet neue Möglichkeiten der individuellen Förderung, stellt die Kommunen aber auch vor die Herausforderung, ein adäquates Betreuungs- und Schulangebot aufrecht zu erhalten.

FDP – Standpunkte

Ein wichtiges Anliegen ist für uns Liberale die Unterstützung und Stärkung der frühkindlichen Entwicklung und Bildung. In diesen Bereich investieren heißt nicht nur grundlegende Fähigkeiten in einer Phase großer Lernbereitschaft der Kinder zu fördern, sondern auch Defizite beizeiten erkennen und wenn möglich ausgleichen. Durch ein solches Vorgehen ersparen wir den Kindern und uns langfristig viele „Reparaturmaßnahmen“.

Mit der flächendeckenden Umsetzung des Orientierungsplans in den Kindergärten ab 2009 und der neu gestalteten, vorgezogenen Einschulungsuntersuchung stehen auch die Kommunen sowie die Kindertageseinrichtungen vor besonderen Herausforderungen. Die neuen Aufgaben für die Erzieherinnen und Erzieher, vor allem die Beobachtung und Dokumentation der Entwicklung jedes Kindes, die verstärkte Einbeziehung der Eltern und die Sprachförderung erfordern kleinere Kindergartengruppen, eine bessere Ausstattung der Kindergärten und eine Weiterbildung der Erzieherinnen sowie eine zusätzliche Qualifikation des Leitungspersonals. Hier sind Land und Kommunen gemeinsam gefordert, die Finanzierung dieser Maßnahmen sicherzustellen.

Die FDP setzt sich für eine Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen in unserem Land ein. So ist es beispielsweise auf Initiative der FDP gelungen, in der 530 Mio. Euro umfassenden „Qualitätsoffensive Bildung“ Personalkostenbudgets zu verankern. Dies bedeutet, dass der einzelnen Schule ein Recht zur Budgetierung der Stellen in Mittel eingeräumt wird. Auch die vorgesehenen Senkungen des Klassenteilers müssen von der Schule nicht zwingend umgesetzt werden, sondern sie bewirtschaftet die ihr gemäß Organisationserlass zugewiesenen Stellen eigenständig.

Eine gestärkte Schulautonomie bedeutet nicht nur für Schüler, Eltern und Lehrer, sondern auch für die Kommunen und Landkreise, sofern sie Träger der Schulen sind, zahlreiche zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten. Auf das Engagement der am Schulleben Beteiligten wird es ankommen, wenn in einem Schulwesen nach liberaler Vorstellung Vielfalt und Wettbewerb im guten Sinne die Qualität der Bildung sichern. Voraussetzung für den Wettbewerb ist allerdings eine Aufhebung der Schulbezirke, um Wahlfreiheit zu gewähren.

Im Land tritt die FDP dafür ein, dass Schulverbünde und Schulversuche zugelassen werden müssen, wenn vor Ort ein stimmiges Konzept erarbeitet wurde. Dies betrifft ausdrücklich auch die angestrebten Kooperationen von Haupt- und Realschulen. Zugleich gilt es, die Betroffenen bei ihren Schulentwicklungsvorhaben zu unterstützen. Im Rahmen der „Qualitätsoffensive Bildung“ wird das Landesinstitut für Schulentwicklung personell verstärkt, um Hilfestellungen in vielen praktischen Fragen geben und eine wissenschaftliche Begleitung vornehmen zu können. Die aufgrund der sinkenden Schülerzahlen in den nächsten Jahren frei werdenden personellen Ressourcen müssen den Schulen erhalten bleiben. Die Kommunen sind aufgrund der demographischen Entwicklung aber auch aufgefordert, noch mehr als bisher über die kommunalen Grenzen hinweg eine regionale Schulentwicklung vorzunehmen, um auch in Zukunft arbeitsfähige Schulen vorhalten zu können.

Als eine Möglichkeit der regionalen Schulentwicklung sieht die Qualitätsoffensive Bildung den flächendeckenden Ausbau von Bildungsregionen vor. Ziel der Bildungsregionen ist es, für alle Kinder und Jugendlichen einer Region den größtmöglichen Bildungserfolg zu erreichen. Dazu wird in enger Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen und allen weiteren am Bildungsprozess Beteiligten über die bisherigen Zuständigkeiten hinaus eine staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft auf regionaler Ebene neu geschaffen. Die FDP unterstützt mit Nachdruck den vorgesehenen Ausbau von Bildungsregionen, wird doch hier jenseits von Zuständigkeitsfragen die gemeinsame Verantwortung für die Kinder und

Jugendlichen in den Mittelpunkt gerückt zugunsten einer erfolgreichen individuell geförderten Bildungsbiographie.

Der Ausbau der Ganztagesbetreuung wird eine der großen Herausforderungen für die Kommunen und ihre Schulen bleiben. Für die Entwicklung der Ganztagesangebote ist die Kooperation mit verschiedenen Gruppen und Akteuren in der Gemeinde unerlässlich. Genannt seien hierbei unter anderem die Schulfördervereine, die Musikschulen und -vereine, die Sportvereine und viele mehr. Die Möglichkeit zu musizieren und ein Instrument zu erlernen, sollte jedem Kind eröffnet werden.

Wichtig erscheint auch die Kooperation von Schulen mit der Wirtschaft, eine der wesentlichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf. In der globalisierten und technisierten Wissensgesellschaft von heute geht es darum, jedem Schüler unterschiedliche Lernwege zu eröffnen, ohne ihn schon zu früh auf bestimmte Berufslaufbahnen festzulegen. Diesem Anliegen der FDP ist in der Weiterentwicklung der Hauptschulen zu Werkrealschulen in noch stärkerem Maße als bisher Rechnung getragen worden. Gleichzeitig hält die FDP am Hauptschul-Bildungsgang als unverzichtbarem Bestandteil einer differenzierten Bildungslandschaft mit bestmöglicher individueller Förderung fest.

Die FDP sieht es als unabdingbare Voraussetzung an, dass die jeweiligen Abschlussqualifikationen so ausgestaltet sind, dass zwischen den unterschiedlichen Schularten kompatible Übergangsschnittstellen bestehen und so ein Übergang in die nächst höhere Schulart nach absolviertem Abschluss immer möglich ist.

Im Sinne eines lebenslangen Lernens sind schließlich die Volkshochschulen mit ihrem breiten Angebot für viele Interessen und Bedürfnisse zu erwähnen. Auch sie müssen ebenso wie zahlreiche andere Angebote der Fort-, Aus- und Weiterbildung weiterhin nachhaltig gefördert werden.

Kindeswohl

Situation

In einzelnen Städten und Gemeinden traten Fälle von Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung an die Öffentlichkeit. In diesem Bereich ist eine Dunkelziffer gegeben. Das Leid der Kinder ist oft durch Verschwiegenheiten innerhalb der Familien und wegschauenden Nachbarn verborgen.

Häufig stehen die örtlichen Jugendämter in der Kritik, wenn solche Fälle bekannt werden. Deren Bediensteten sind nicht immer ausreichend für ihre Aufgabe geschult. Örtliche Jugendämter weisen zudem oftmals eine hohe Mitarbeiterfluktuation auf.

FDP - Standpunkte

Wir Liberale setzen auf mündige Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht scheuen, konkrete Fälle der Kindesvernachlässigung oder Kindesmisshandlung anzusprechen, anzuzeigen oder den Weg zu den Jugendämtern zu suchen.

Die Ohnmacht vieler örtlicher Jugendämter, die Situation vernachlässigter oder misshandelter Kinder vorsorglich richtig einzuschätzen, ist häufig nicht eine Frage der quantitativen Personalausstattung, sondern der Qualifikation. Liberale Politik vor Ort verfolgt das Ziel, örtliche Jugendämter durch Mitarbeiterqualifikation zu stärken und qualifizierter Ansprechpartner zu sein.

Maßnahmen wie ein Jugendtelefon oder ein Jugendnotruf können präventiv wirken.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Situation

Arbeitgeber versuchen in vermehrtem Maße, qualifizierte Arbeitskräfte durch geeignete Maßnahmen der Kinderbetreuung anzuwerben und zu halten. Familien oder Alleinerziehende

orientieren sich bei der Berufs- und Arbeitsplatzwahl zunehmend an qualifizierten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

Städte und Gemeinden, die sich des Themas „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ nicht oder zu spät annehmen, bieten keine oder zu wenig Standortvorteile für qualifizierte Arbeitskräfte.

Die Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung ist zu einem wichtigen Standortvorteil für die Kommunen geworden.

FDP – Standpunkte

Städte und Gemeinden müssen ihren Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten, um zukunftsfähig zu sein, zu werden oder zu bleiben. Dabei haben die Kommunen vielfältige Möglichkeiten wie z.B. eigene kommunale Betreuungsangebote oder die Förderung und finanzielle Unterstützung von Betreuungsangeboten von privaten oder freien Trägern.

Pflichtaufgabe der Städte und Gemeinden ist es, der gesetzlichen Vorgabe Rechnung zu tragen und den Anspruch auf einen Krippenplatz bis zum Jahr 2013 zu verwirklichen.

Handlungen der Städte und Gemeinden müssen das Ziel flexibler Betreuung sein, um auch den Bedingungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Dies gilt für die Öffnungszeiten, die Berücksichtigung aller Altersgruppen der Kinder, die Ferienbetreuung, die Wochenendbetreuung sowie die Kinderbetreuung von Mitarbeitern auf Fortbildungsveranstaltungen.

Kinderbetreuung ist jedoch nicht nur eine Aufgabe für Kommunen und soziale Träger. Die Betriebe selbst müssen sich im Zuge einer aktiven Personalpolitik hier mehr engagieren. Die FDP setzt sich vor Ort für eine Zusammenarbeit der Kommunen mit den Kammern und Verbänden ein.

Wir wollen die freie Wahl von Betreuungseinrichtungen stärken und private Initiativen ermutigen, Betreuungseinrichtungen anzubieten, die den öffentlichen Trägern gleichgesetzt werden.

Mehr Treffsicherheit von familienpolitischen Leistungen und echte Wahlfreiheit für Eltern wird es nur mit Betreuungsgutscheinen für Krippen- und Kindergartenplätze bzw. für Tageseltern geben.

Um die Nachfrage und die Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern und einen echten Wettbewerb zwischen den verschiedenen Angeboten der frühkindlichen Bildung zu ermöglichen, muss der Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung vollzogen werden. Das bedeutet eine Hinwendung von der Förderung der Einrichtung zur Förderung von Kindern. Der Systemwechsel wird durch die Einführung eines Betreuungsgutscheines für die frühkindliche Bildung erreicht. Die stärkere Nachfrage der Eltern würde ein ausreichendes Angebot an Krippen- und Kindergartenplätzen in vielfältiger Trägerschaft, aber auch durch stärkere Einbeziehung von Tageseltern, nach sich ziehen. Eine Auszahlung von Gutscheinen in Form von Betreuungsgeld entspricht nicht den liberalen Vorstellungen.

Tageseltern stellen eine wichtige Ergänzung des stationären Angebots von Kommunen, Kirchen und freien Trägern dar, da sie oft Zeiträume abzudecken in der Lage sind, die institutionelle Einrichtungen nicht bieten können. Die Funktion der Tageseltern sowie deren Qualifizierung und Weiterbildung ist Bestandteil einer FDP – Politik zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Gesellschaftspolitik im Zeichen des demographischen Wandels

Situation

Der demographische Wandel kristallisiert sich in besonderem Maße in den Städten und Gemeinden. Insbesondere Städte bieten viele Vorteile für ältere Menschen; vor allem ermöglichen urbane Lebensformen durch ihre Vielfalt selbstbestimmte soziale Kontaktmöglichkeiten. Die Voraussetzungen für die Mitarbeit und Mitgestaltung sind für den größer werdenden Anteil der über 60-Jährigen besonders gut.

Die Städte und Gemeinden sind sich der neuen Aufgaben bewusst, Lösungsansätze sind integrierte Bestandteile der Stadtplanung und Stadtentwicklung. Alle Konzepte müssen gleichermaßen die Belange Jüngerer und Älterer berücksichtigen und auf familienfreundliche kommunale Strukturen ausgerichtet sein.

Der ländliche Raum hat sich ebenso wie die großen Ballungsgebiete vielfältig und differenziert entwickelt. Mit Ausnahme der Dörfer und Kleinstädte im Randbereich großer Städte leidet der größte Teil des ländlichen Raums unter dem Wegzug der jüngeren Generation. Der Rückgang der wohnungsnahen Infrastruktur betrifft insbesondere die Älteren.

FDP – Standpunkte

Es ist bekannt, dass ein Bündel von Maßnahmen auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen zwingend erforderlich ist, um den demographischen Wandel bewältigen zu können. Auf die Kommunen kommen dabei besondere Herausforderungen zu. Die demographische Veränderung erfordert bei den Kommunen Konzepte im sozialen, gesundheitlichen, infrastrukturellen und Freizeitbereich, die insbesondere auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sowie ältere Bürgerinnen und Bürger zugeschnitten sind. Große Bedeutung hat die Reaktivierung ländlicher Infrastruktur u.a. mit Nachbarschaftsläden, Postagenturen, Bürgerbüros, lokaler Betreuung älterer Menschen, Bürgerbussen für den Weg zum Arzt. Dabei spielt die Tatsache, dass der Anteil von Menschen mit Behinderung größer wird, eine wichtige Rolle hinsichtlich eines umfassenden Verständnisses von Barrierefreiheit.

Libérale Kommunalpolitik setzt auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies ist ein wichtiger Baustein, um langfristig die demographische Entwicklung einer zunehmend alternden Gesellschaft, wo nicht umzukehren, so doch abzumildern.

Libérale Kommunalpolitik macht sich zur Aufgabe, möglichst große Gestaltungsräume für diejenigen zu schaffen, die ihr Leben und ihre Zukunft in die eigene Hand nehmen können und wollen. Sie fördert Eigeninitiativen von Kindern und Jugendlichen bei der Suche nach ihrem künftigen Standort in der Gesellschaft. Sie unterstützt die Vorstellungen älterer Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung eines Umfeldes für ein Leben in Eigenständigkeit. Liberale Kommunalpolitik fördert Wege in die Selbständigkeit und Vorstellungen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Gemeinschaft ehrenamtlich engagieren wollen.

Die FDP – Politik sieht die Chancen in der demographischen Entwicklung. Sie ist zum Generalthema einer jeder Gemeinde zu machen. Neben Prognosen über die Entwicklung der Einwohnerpyramide muss die Kommunalpolitik Aussagen darüber treffen, wie sie mit der demographischen Entwicklung langfristig umgeht.

Die Kommunen stehen zunehmend im Wettbewerb um neue Einwohner. Die kommunale Entwicklung kann sich nicht mehr auf einen „seniorengerechten“ Ausbau und Neubau von Quartieren beschränken. Weit im Vorfeld von speziellen Unterstützungssystemen besteht die gemeinsame Aufgabe, wie man auch bei geringerer Mobilität den Alltag in dem angestammten Lebens- und Wohnumfeld gestalten kann.

Kommunale Entscheidungen müssen unter dem Aspekt gefällt werden, dass im Alter möglichst lange eine selbständige Lebensführung gewährleistet ist. Dabei geht es um die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen sowie die Sicherung des Zugangs zur Teilhabe am öffentlichen Leben.

Seniorinnen und Senioren

Situation

Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger entwickeln zunehmend eigene Perspektiven, wollen weiterhin aktiv am Gemeinschaftsleben teilhaben.

In vielen Städten und Gemeinden ist die Vereinsamung älterer Menschen eine ernsthafte Herausforderung.

Eine Stadtentwicklung, die sich des Problems der älter werdenden Bevölkerung nicht annimmt, wird kurz- und mittelfristig kommunale Probleme hervorrufen.

FDP - Standpunkte

Die FDP setzt auf die verstärkte Mitwirkung von Seniorenvertretungen in der Kommune (Kreis-, Stadt- und Ortsseniorenräte). Hier sollen ältere Bürgerinnen und Bürger, die sich politisch und

ehrenamtlich engagieren wollen, ihre Wünsche und Vorstellungen gegenüber den Rathäusern, der

Allgemeinheit und den politisch arbeitenden Parteien vertreten.

Wir setzen auf neue Formen des Zusammenwirkens und Zusammenlebens der Generationen unter dem Prinzip der gegenseitigen Verständigung und Rücksichtnahme untereinander.

Wir wollen wohnungsnah Versorgungsnetze (medizinische und pflegerische Betreuung, Waren des täglichen Bedarfs) schaffen, um älteren Bürgerinnen und Bürgern das Verbleiben in ihrem gewohnten Umfeld zu ermöglichen.

Schaffung von Voraussetzungen für ein auf die ältere Generation zugeschnittenes Wohnumfeld mit barrierefreiem Wohnen, neuen Formen des „Wohnens mit Service“, generationsübergreifenden Wohnprojekten, der Nähe zum öffentlichen Nahverkehr und wohnortnahen Begegnungsstätten.

Kommunale Wohnungspolitik muss darauf ausgerichtet sein, einen Wechsel innerhalb des gewohnten Bereichs zuzulassen, deshalb muss ein Augenmerk auf Wohnbereiche mit gemischten Wohnungsgrößen gerichtet werden.

Gesundheit und medizinische Versorgung

Situation

Die medizinische Versorgung in Städten und Gemeinden wird nur bedingt auf örtlicher Ebene zu entscheiden sein.

Die Situation in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird dadurch geprägt sein, dass Einzelpraxen Zukunftsprobleme haben, dass Krankenhäuser auf vielen Ebenen kooperieren müssen und dass spezialisierte Einrichtungen in diesen Krankenhäusern aufgrund der Zentralisierung mit längeren Wegen der Patienten verbunden sein werden. Hier kommt gerade auf die Kommunen im ländlichen Bereich eine besondere Herausforderung zu.

FDP – Standpunkte

Zur Aufrechterhaltung einer bevölkerungsnahen medizinischen Versorgung müssen die Städte und Gemeinden die Rahmenbedingungen fördern und unterstützen. Anreize zur Schaffung günstiger Standortvoraussetzungen und Beschreitung neuer Wege müssen gegeben sein. Gemeinschaftspraxen und fahrbare Apothekerdienste in schwach besiedelten, ländlichen Gebieten oder an Ortsrändern mit medizinischer Unterversorgung sollten gegebenenfalls von den Kommunen gezielt unterstützt werden.

Liberale kommunale Gesundheitspolitik setzt darauf, effiziente Notarzdienste zu fördern oder einzurichten.

Die Kooperation und Spezialisierung von Krankenhäusern, besonders solche in städtischer Trägerschaft, sollte unterstützt werden.

Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

Situation

Migranten sind eine Bereicherung für unser Land. Sie sichern unsere Versorgung, sie arbeiten mit uns an der Mehrung des Wohlstands, sie nehmen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur verantwortliche Stellungen ein, sie sind gute Nachbarn. Und sie bringen uns neue kulturelle Erfahrungen. Viele Städte und Gemeinden haben große Erfolge in ihren Integrationsbemühungen aufzuweisen. Trotz der bereits erreichten Integrationserfolge gibt es jedoch Problembereiche (unzureichende deutsche Sprachkenntnisse, stagnierende Schul- und Ausbildungserfolge, teilweise hohe Arbeitslosigkeit), die eine Verstärkung der Integrationsbemühungen erfordern.

FDP – Standpunkte

Die Integrationspolitik der FDP bedeutet ein „Leben miteinander statt nebeneinander“. Unser Ziel ist die Bildung einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen Einheimischen und

Zugewanderten. Wir wenden uns gegen die Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen und gegen die Bildung von Teilgesellschaften. Dabei begreifen wir Integration als einen kontinuierlichen gesellschaftlichen Prozess, bei dem die staatlichen Ebenen die integrationsfördernden Rahmenbedingungen setzen müssen. Integration ist kein müheloser Prozess, er verlangt nach dem Grundsatz von „Fördern und Fordern“ sowohl Anstrengungen von den Einheimischen als auch die Bereitschaft und das aktive Bemühen von den Zugewanderten und ihren Familienangehörigen, vorhandene Integrationsangebote anzunehmen.

Integration aus FDP - Sicht bedeutet, dass die Städte und Gemeinden Deutschland als Einwanderungsland und die Einwanderungspolitik als Willkommenspolitik präsentieren.

Kommunale Maßnahmen zur Integration von Kindern liegen schwerpunktmäßig in der Sprachförderung in Kindergärten, Schulen und Vereinen.

Die örtliche Wirtschaftsförderung sollte sich dem Zuwachs ausländischer Arbeitskräfte durch gezielte Sprachförderung, aber auch den Beratungen bei Unternehmensgründungen ausländischer Personen annehmen.

Integration entsteht durch Kontakte, deren Möglichkeiten auf kommunaler Ebene im Bereich des Sportes, der Kultur usw. sehr vielfältig sind. Integration bedeutet auch, dass die örtlichen Volkshochschulen gezielte Sprachkurse für Erwachsene anbieten und dass heranwachsenden ausländischen Jugendlichen die Möglichkeit zum Eintritt in z.B. Jugendfeuerwehren und Jugendbeiräten gegeben wird.

Der politische Wille der FDP ist es, ausländische Mitbürger zur politischen Partizipation zu ermutigen, da die politische Teilhabe ein wichtiges Element gelingender Integration ist. Wir setzen uns daher für ein kommunales Wahlrecht aller Migranten ein, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig im Land aufhalten. Die bestehenden kommunalen Migrantenvertretungen müssen weiter ausgebaut und gestärkt werden. Kommunen ohne Migrantenvertretung werden ermutigt, solche sachkundigen Vertretungsorgane einzurichten. Um die Partizipation und den Abbau von Vorurteilen und Spannungen zu erleichtern, sollten kommunale Netzwerke und Nachbarschaftsstrukturen zwischen den verschiedenen am Integrationsprozess beteiligten Gruppen, Akteuren und Organisationen aufgebaut und gefördert werden.

Ehrenamt

Situation

Bürgerinnen und Bürger bringen sich in allen Städten und Gemeinden in umfangreicher Form ehrenamtlich ein. Das bürgerschaftliche Engagement entspricht in besonderer Weise dem liberalen Verständnis für gesellschaftliche Verantwortung des Einzelnen. Die ältere Generation trägt mit der Bereitschaft, berufliche Qualifikationen einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen, wesentlich zur Fortentwicklung des Ehrenamts bei.

In vielen Kommunen wird deutlich, dass das örtliche Ehrenamtpotential noch nicht ausreichend genutzt oder aktiviert wird.

Eine deutlicher Trend ist in der Wahrnehmung des Ehrenamtes ersichtlich: Bürgerinnen und Bürger übernehmen eher projektbezogene Ehrenämter mit überschaubaren Laufzeiten und transparenten Leistungen statt Ehrenämter mit dauerhafter und kontinuierlicher Arbeit.

FDP - Standpunkte

Das Ehrenamt ist in Städten und Gemeinden eine wichtige Säule unseres Gemeinwesens und damit nicht hoch genug einzuschätzen und zu würdigen. Wir Liberale sehen das Ehrenamt nicht als Entlastung einer Stadt oder Gemeinde von freiwilligen kommunalen Aufgaben, sondern als Element der Selbstverwirklichung, des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern für die Gemeinschaft. Dabei ist Mitwirkung und Mitbestimmung ein wichtiges Motiv für das ehrenamtliche, freiwillige und selbstorganisierte Engagement.

Ehrenamtsbörsen in Städten und Gemeinden oder deren Stadt- und Ortsteile sind zu fördern oder einzurichten. Diese Ehrenamtsbörsen sollten auch dem aktuellen Trend nach projektbezogener Ehrenamtstätigkeit Rechnung tragen.

Ehrenamtlich Tätige sollten in regelmäßigen Abständen fortgebildet und geschult werden, da deren Tätigkeit vielfach unter Aspekten der Haftung und Verantwortung Berufstätigen gleichkommt.

Städte und Gemeinden sollten die Möglichkeit wahrnehmen, einmal jährlich an einem Ehrenamtstag die Arbeit vieler ehrenamtlich Tätiger zu würdigen und damit gleichzeitig für das Ehrenamt zu werben.

Vereine / Jugendarbeit in Vereinen

Situation

Vereine sind Stützen der Gesellschaft. Sie liefern einen großen Beitrag zum Zusammenhalt der Menschen in einer Stadt oder Gemeinde. Vereinsleben fördert Teamarbeit und bindet Jugendliche in Verantwortungsstrukturen ein.

Eine Vielzahl von Vereinen haben zunehmende Finanzsorgen, denn die Bereitschaft, Vereine zu sponsern, nimmt ab und sie leiden unter Mitgliederrückgängen und fehlendem Nachwuchs.

FDP – Standpunkte

Städte und Gemeinden können zu ausgewogener Vereinsarbeit durch immaterielle Leistungen wie öffentliche Anerkennung und Ehrungen beitragen. Aber auch finanzielle Zuwendungen zu Gunsten der Vereine sind vielerorts unabdingbar, auch wenn es sich dabei um freiwillige Leistungen handelt. Liberale Vereinspolitik setzt Prioritäten: Besonders gefördert wird die Jugendarbeit der Vereine sowie Konzepte zur Integration von Einwohnern mit Migrationshintergrund. Dabei ist die Zusammenarbeit mit der offenen Sozialarbeit notwendig. Wichtig ist der FDP eine transparente Vereinsförderung, ggf. durch Richtlinien.

Bei Vereinen, die Mitgliederschwund oder Altersprobleme zu verzeichnen haben, sollte der Zusammenschluss mit anderen Vereinen unterstützt werden.

Feuerwehren / freiwillige Feuerwehren

Situation

Die Feuerwehren leisten einen herausragenden Beitrag zur öffentlichen Sicherheit. Den Gemeinden obliegt es als Pflichtaufgabe, eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehr aufzustellen, auszurüsten und zu unterhalten.

In allen Gemeinden Baden-Württembergs wird diese Pflichtaufgabe von den rund 110.000 ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen (davon rund 3.000 Frauen) mit Leben erfüllt. Ergänzt werden die freiwilligen Feuerwehrangehörigen von landesweit rund 400 hauptamtlichen Kräften, die in den größeren Städten bei den freiwilligen Feuerwehren beschäftigt sind. In acht Großstädten gibt es darüber hinaus Abteilungen der Berufsfeuerwehr, die mit insgesamt rund 1.300 Berufsfeuerwehrleuten den Grundschutz dieser Großstädte sichern.

Gemeinschaftsgeist, Bürgersinn und Idealismus prägen das Bild der Freiwilligen Feuerwehren, die sich seit deren Gründung in den Jahren der badischen Revolution als bürgerschaftliche Nächstenhilfeeinrichtung bewähren. Die freiwilligen Feuerwehren bilden eine der größten Gruppen der im Land ehrenamtlich tätigen Bürger.

FDP-Standpunkte

Für ihren unermüdlichen und selbstlosen Einsatz sowie für ihr persönliches Opfer zum Wohl der Gemeinden und ihrer Bürgerschaft gebührt den Feuerwehrangehörigen unser aller Dank und Respekt. Die FDP wirkt darauf hin, dass vor Ort ein Klima für ehrenamtliche Betätigung gedeiht. Bei der Ausstattung der Feuerwehren ist neben den feuerwehrafachlichen Argumenten vermehrt auch auf wirtschaftliche Konsequenzen für die Kommune zu achten.

Wir begrüßen die enge Zusammenarbeit benachbarter Feuerwehren auf freiwilliger Basis.

Neben den feuerwehrfachlichen und wirtschaftlichen Argumenten bei der Entscheidung über den Bestand von Abteilungsfeuerwehren sind für die FDP auch die damit verbundenen sozialen Strukturen für die jeweilige Ortsgemeinschaft wichtig.

Die FDP in Baden-Württemberg will angesichts weiter steigender Einsatzzahlen eine angemessene Ausstattung und Förderung der Feuerwehren durch das Land. Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer muss auch zukünftig ungeschmälert für die Förderung der Feuerwehren zur Verfügung stehen.

Wir wollen kurzfristig in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Baden-Württemberg die Einführung von integrierten Leitstellen.

Energie und Umwelt

Situation

Es ist absehbar, dass in vielen Städten und Gemeinden kleinere Energieversorgungsunternehmen (z.B. Stadtwerke) auf Dauer nicht mehr konkurrenzfähig sein werden. Große Anbieter übernehmen zunehmend kleinere Energieversorgungsunternehmen. Steigende Energiepreise sind vielerorts für die Bevölkerung nicht mehr tragbar und sorgen vor allen bei Familien für eine erhebliche Einschränkung des Budgets.

Jeder spürt die explodierenden Energiepreise: Die Familie an der Strom- und Heizrechnung, der Autofahrer an der Tankstelle, der Unternehmer an den Herstellungskosten. Immer deutlicher wird, wie stark unser Wohlstand und unsere Lebensweise von ausreichender und bezahlbarer Energie abhängig ist. Dies belastet auch die kommunalen Haushalte; Sport- und Stadthallen, Schulen, öffentliche Einrichtungen werden von vielen Menschen genutzt. Energiesparende Konzepte sind hier um ein Vielfaches schwerer durchzusetzen, weil Ursache und Wirkung, im Vergleich zu Privathaushalten, nicht unmittelbar die gleichen handelnden Personen betreffen. Umweltschutz ist eine Querschnittsaufgabe jeder Kommune und hat in den letzten drei Jahrzehnten bedeutsame Fortschritte gemacht. Bereiche des Umweltschutzes liegen heute im Landschafts-, Arten- und Immissionsschutz (besonders im Lärmschutz), Luftreinhaltung, Gewässerschutz, Bodensanierung und Bodenschutz. Herausforderungen sind teilweise die Umweltvorgaben der EU mit Belastungen und Nutzungseinschränkungen für die Städte und Gemeinden, beispielsweise die großräumigen *FFH - Gebiete (4)*.

In nahezu jeder Stadt oder Gemeinde weisen öffentliche Gebäude erhebliche Potentiale zur Energieeinsparung auf. Das gilt besonders für solche Gebäude, die in Zeiten niedriger Öl- oder Gaspreise entstanden sind.

FDP – Standpunkte

Die FDP setzt auf den Ausbau der regenerativen Energien wie z.B. Photovoltaik, Solar-, Wind- und Wasserenergie, Biomasse und Geothermie.

Kundennähe ist nach Auffassung der FDP bei Energieversorgungsunternehmen ein wesentlicher Faktor. Die Unabhängigkeit kleiner, ortsnaher Energieversorger von großen Versorgungsunternehmen ist ein wesentliches Element zur Wahrung dieser Kundennähe. Aus diesen Erwägungen sollten horizontale Fusionsbestrebungen von Energieversorgern Vorrang vor deren Übernahme von großen Anbietern haben.

Städte und Gemeinden sollten eigene Energieversorgungsunternehmen auf ihr Kerngeschäft (Energieversorgungsauftrag) reduzieren, um keine höheren Kosten anderer Betriebszweige über Energiekosten abzuwälzen. Kommunen sollten es vermeiden, Schulden oder Aufgaben auf die Versorgungsunternehmen zu übertragen, wie Bau und Unterhaltung von Bädern, ÖPNV, um sich selbst zu entlasten.

Durch die Definition des Umweltschutzes als Querschnittsaufgabe einer jeden Stadt oder Gemeinde ist Umweltschutz auch Bestandteil anderer kommunaler Aufgaben (z.B. energetische Nachrüstung von Gebäuden, Nachverdichtung von Altbaugebieten zur Vermeidung von Bodenversiegelung durch Neubaugebiete). Programme, die dem Umweltschutz dienen, liegen darüber hinaus aus FDP - Sicht in der Biotopvernetzung, in der Erstellung kommunaler

Lärmschutzkataster, in der Gewässerrenaturierung, in der Begrünung von öffentlichen Straßen und Plätzen, im Anlegen sog. Öko - Konten und in der Vermeidung von Bodenverunreinigungen. Städte und Gemeinden müssen durch eigene ressourcenschonende Maßnahmen Vorbildfunktionen gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Betrieben und anderen Institutionen einbringen.

Städte und Gemeinden benötigen ein Konzept der energetischen Nachrüstung aller Gebäude in ihrer Trägerschaft. Die örtlichen Stadtwerke werden aufgefordert, flächendeckend Contracting-Konzepte zu erarbeiten und anzubieten. Dabei ist das private Know-how bei Finanzierung und Vermarktung dieser Konzepte einzubinden.

Mobilitätspolitik

Situation:

Mobilität stärkt Freiheit, Eigenverantwortung und Flexibilität; mehr Mobilität schafft mehr Freiräume für persönliche und selbst verantwortete Lebensgestaltung. Mobilität ist das Rückgrat einer prosperierenden Volkswirtschaft. Verkehrspolitik gestaltet eine wesentliche Grundlage für unsere persönliche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und an der wirtschaftlichen Entwicklung und leistet damit einen wichtigen Beitrag für eine selbständige Lebensführung. Die wirtschaftliche Entwicklung unserer Städte und Landkreise ist eng an das Bestehen einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur geknüpft. Daneben ist die Verkehrswirtschaft selbst ein wichtiger eigenständiger Wirtschaftsbereich. Die Verkehrsmittelproduktion trägt in hohem Maße zum Bruttosozialprodukt bei. Jeder 7. Arbeitsplatz ist direkt oder indirekt vom Verkehr abhängig. Für die Sicherung und Entwicklung unserer Wirtschaftsstandorte sind leistungsfähige Verkehrsanbindungen eine unverzichtbare Voraussetzung.

Für die FDP sind alle Verkehrsträger und Verkehrsmittel in eine optimale Konzeption einzubeziehen - Fußgänger, Fahrradfahrer, Motorradfahrer, Autofahrer und die Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

FDP – Standpunkte:

Straßenneu- und -ausbau, Straßenerhaltung: Die Mittel für den Bau von Kreis- und Gemeindestraßen müssen anhaltend auf ein höheres Niveau gesteigert werden. Damit können zukünftig vermehrt dringend notwendige Investitionen zügig verwirklicht werden und Bauzeiten verkürzt werden. Viele Straßen sind in einem beklagenswert schlechtem Zustand und völlig überlastet. Bedarfsgerechte Erhaltung und Unterhaltung dieser Straßen sind, auch mit Rücksicht auf nachfolgende Generationen, vorrangig zu finanzieren, da sonst ein Substanzverlust der Infrastruktur droht. Die Kosten dafür können in den Städten teilweise durch eine zweckgebundene Finanzierung durch Parkgebühren gedeckt werden.

Bündelung von Verkehrsinfrastruktur: Berufs-, Einkaufs-, Schüler- und Freizeitverkehr sollen durch gemeinsame Nutzung der vorhandenen Infrastruktur keine zusätzlichen Kapazitäten erfordern. Behörden, Betriebe, Einkaufszentren und Sporteinrichtungen können durch intelligentes Parkplatzmanagement sowie durch geschickte Planung die bereits vorhandenen Parkplätze, Zufahrtswege und ÖPNV-Haltestellen zeitanteilig gemeinsam nutzen.

Optimierung des Verkehrsablaufs: Ziel der kommunalen Verkehrsplanung muss eine Optimierung des Verkehrsablaufs sein. Dazu zählt die möglichst effiziente Abwicklung und Koordinierung von Baumaßnahmen, die Einführung grüner Wellen sowie die Einrichtung von Wechsellinien mit bedarfsgerechter Freigabe über dynamische Verkehrszeichen.

Kein Feinstaub-Bürokratismus: Die FDP lehnt die im Rahmen der Aktionspläne der Regierungspräsidien eingeführten kleinräumigen Fahrverbote ab. Ihr Nutzen ist nicht belegbar und sie treffen vor allem sozial schwächere Besitzer älterer Kraftfahrzeuge. Anstelle dieser örtlichen Fahrverbote befürwortet die FDP die Erneuerung der Fahrzeugflotte mit modernen Technologien, Verkehrsverlagerung und dem Einsatz von Verkehrstelematik.

Unfallvermeidung: Bei Investitionen in das Verkehrsnetz sind Sicherheitsaspekte verstärkt zu berücksichtigen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Dabei müssen schwächere

Verkehrsteilnehmer wie Radfahrer und Fußgängern - insbesondere Kinder und Senioren - vorrangig geschützt werden.

Städtischer Schienenverkehr: In vielen Städten sorgt ein hohes Verkehrsaufkommen für unzumutbare Belastungen. Aus städtebaulichen Gründen ist es unmöglich, dieses Verkehrsaufkommen ausschließlich als Individualverkehr auf Straßen abzuwickeln. Ein leistungsfähiger, straßenunabhängiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), insbesondere mit einem leistungsfähigen S-Bahn- und Stadtbahn- bzw. Straßenbahnnetz als Rückgrat urbaner Mobilität ist in den größeren Städten des Landes unverzichtbar. Dieses Rückgrat muss durch bedarfsgerechte Busverkehre ergänzt werden, die in kleineren Städten und Gemeinden die komplette ÖPNV-Versorgung übernehmen.

Rufbusse und Sammeltaxen: Im ländlichen Raum sind im Hinblick auf die demographische Entwicklung und die knappen Finanzmittel verstärkt neue Formen des ÖPNV einzurichten. Dazu müssen flexible Bedarfsverkehre (z. B. Rufbus, Anruf-Sammel-Taxen) weiter fortentwickelt werden. Die gezielte Kooperation mit Taxiunternehmen oder die Einrichtung ehrenamtlicher Bürgerbusse können ebenfalls zu Kosteneinsparungen bei weiterhin bedarfsgerechtem Angebot beitragen.

Nachtbusse: Die FDP befürwortet die Schaffung und den Ausbau attraktiver Alternativangebote für junge Menschen wie z. B. Disco- und Nachtbusse zur Verlagerung vom Autoverkehr auf weniger unfallgefährdete Verkehrsmittel.

Umstieg auf ÖPNV: Um die Verkehrsbelastung der Ballungsräume und auch vieler Mittelzentren zu reduzieren, sind Anreize zu schaffen, um Autofahrer speziell im Berufs- und Ausbildungspendler zu einer vermehrten Nutzung des ÖPNV zu bewegen. Dazu dienen u. a. eine attraktive Taktung der Verkehre, eine Vereinfachung der Tarifstruktur sowie ein weiterer Ausbau von Park & Ride-Anlagen.

Bürgerbusinitiativen aktiv unterstützen: Lokale Bürgerbusprojekte mit ehrenamtlicher Durchführung sind eine sinnvolle Ergänzung des überörtlich ausgerichteten ÖPNV-Systems.

Fahrgemeinschaften fördern: Durch Fahrgemeinschaften kann der städtische Verkehr insbesondere im Berufsverkehr entlastet werden. Die Bildung von Fahrgemeinschaften soll durch die verstärkte Einrichtung von Zustiege-Parkanlagen sowie durch die vorrangige Benutzung von Parkplätzen auf Werksgeländen gefördert werden.

Car-Sharing: Das Car-Sharing entwickelt sich in immer mehr Städten zu einer interessanten Alternative zum individuellen Fahrzeugbesitz. Die kombinierten Angebote von ÖPNV-Betrieben und Car-Sharing-Anbietern sind fortzuentwickeln. Die Bereitstellung besonderer Stellplätze für Car-Sharing-Fahrzeuge muss in den Kommunen vorangetrieben werden.

Radverkehr: Eine ökologische und gesunde Alternative zum Autoverkehr ist der Radverkehr. Um kombinierte Wegeketten mit dem ÖPNV zu erleichtern, sind an Haltestellen und Bahnhöfen Boxen und ggf. auch Parkgebäude zum Einstellen von Fahrrädern anzubieten. Innerhalb der Kommunen soll das Radwegenetz auch auf die Erfordernisse von Berufspendlern ausgerichtet und unterhalten werden.

Güterverkehr: Der zur Ver- und Entsorgung der Bevölkerung und Wirtschaft notwendige Güterverkehr soll möglichst nicht durch Wohngebiete gelenkt werden und wo immer realisierbar auf eigene Straßen und Schienenstrecken verlagert werden. Verkehrsträgerübergreifende Containerterminals (Straße/Schiene/Schiff) können ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Verringerung des Güterverkehrs in den Kommunen leisten.

Mautausweichverkehre: Die Autobahnmaut führt auf etlichen städtischen Durchfahrtsstraßen zu einer Zunahme des Schwerverkehrs. Statt eines Flickenteppichs von Fahrverboten, die den Verkehr meist nur auf Nachbargemeinden verlagern, muss der Schwerverkehr mittel- bis langfristig durch eine differenzierte Flächenmaut auf die überörtlichen Straßen verlagert werden.

Sanierung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen

Situation

Wir befinden uns im Jahrzehnt der Generalsanierung. Der Schwerpunkt bei den Städten und Gemeinden liegt in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Verwaltungsgebäuden, Stadthallen, Dorfgemeinschaftshäuser, Brücken, Straßen, Anlagen der Abwasserbeseitigung und der Wasserversorgung.

Zu sanierende Objekte stammen oft aus den 50er, 60er und 70er Jahren. Die Sanierungsgründe sind vielfältig, z.B. allgemeiner Sanierungsstau, Schadstoffsanierung, Abnutzung der verwendeten Materialien, aufgestauter Unterhaltungsaufwand oder energetische Sanierung.

FDP – Standpunkte

Städte und Gemeinden benötigen ein Gesamtprogramm für die Bestandserhaltung, Unterhaltung und Sanierung öffentlicher Gebäude in eigener Trägerschaft durch Gebäudepflegepläne mit Auflistung der Bauschäden, der Sanierungskosten sowie des Zeitplans der Sanierung.

Gleiches gilt für die Sanierung und Bestandserhaltung von Abwasserkanälen, Straßen, Radwegen und Brücken in kommunaler Trägerschaft. Infrastrukturkataster sollten dabei nicht nur die Bauschäden bilanzieren, sondern auch einen zeitlichen Rahmen der Schadensbeseitigung vornehmen.

Notwendige Sanierungsmaßnahmen sollten unbedingt durchgeführt und nicht weiter verschoben werden. Hierdurch werden nicht nur weitere Folgeschäden und damit verbundene Kosten vermieden, sondern es wird ein sinnvoller Anstoß für die rückläufige Konjunktur generiert, der nicht verpufft sondern nachhaltig nützt.

Baugebiete, Altbauggebiete, Nachverdichtungen

Situation

Viele Städte und Gemeinden sehen ihre Priorität der Baulandbereitstellung in der Schaffung von Neubaugebieten. Dabei geraten die Aktivierungen von bestehenden Brachflächen, z.B. *Konversionsflächen* (5) oder der Nachverdichtung von Altbaugebieten häufig in den Hintergrund. Der Bedarf an zusätzlichen Wohnflächen oder Wohngebieten nimmt in Städten und Gemeinden auch dann zu, wenn stagnierende oder rückläufige Bevölkerungszahlen zu verzeichnen sind. Gründe dazu liegen in der Zunahme von Single – Wohnungen, dem allgemein ansteigenden Flächenbedarf je Einwohner und in dem Wunsch nach Eigenheimen mit Gartenflächen. Gleiches gilt für den Bedarf an Gewerbe- und Industrieflächen. Hier wächst zunehmend der Flächenbedarf pro Beschäftigtem.

FDP – Standpunkte

Städte und Gemeinden müssen die Schaffung von Neubaugebieten, die Baulandbereitstellung auf Brachflächen oder Konversionsflächen und die Nachverdichtung von Altbaugebieten gleichrangig sehen. Im Einzelfall sollte die Verwertung von Konversionsflächen Vorrang vor neuen Baugebieten haben. Neubaugebiete werden in der Regel schneller erstellt als die Aufbereitung von Brachflächen, die vielfach Probleme aufweisen, die eine schnelle Baulandbereitstellung behindern (alte Eigentumsverhältnisse, Untergrundsituation). Die Verdichtung von bestehenden Altbaugebieten stößt vielerorts auf Unverständnis. Aktivierung von Brachflächen und Nachverdichtungen bestehender Baugebiete sind wesentliche kommunale Handlungen, den Siedlungsdruck auf unversiegelte Flächen im Außenbereich durch Neubaugebiete zu mindern und damit umweltschonend zu handeln.

Liberaler städtebaulicher Politik bedeutet, das Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ zu favorisieren. Bei der Schaffung von Neubaugebieten sollte Abrundungen von vorhandenen Ortslagen Vorrang eingeräumt werden.

Kommunale Kulturpolitik

Situation

Die Kulturpolitik ist in Deutschland traditionell vor allem Aufgabe von Land und Gemeinden. Noch heute fließt fast die Hälfte der finanziellen Mittel in der Kulturpolitik über kommunale Haushalte, jedoch mit fallender Tendenz. Dabei macht es gerade auch die Funktion kultureller Einrichtungen als Standortfaktor notwendig, der Thematik im Wettbewerb zwischen Kommunen mehr Spielraum einzuräumen. Kulturpolitik darf auch in finanziell schweren Zeiten in den kommunalen Haushalten nicht als „Steinbruch“ dienen.

Für Liberale kann die in kaum einem Bereich stärker erkennbare Verflechtung von privatwirtschaftlichem, staatlichem und bürgerschaftlichem Engagement nur vor Ort effizient und unter Beteiligung vieler erreicht werden.

Gleichzeitig gilt es, die Kultur nicht nur vom Sparzwang öffentlicher Haushalte abhängig zu machen, sondern alternative Möglichkeiten der Finanzierung fortzuentwickeln. Auch die Suche nach diesen Konzepten kann nur vor Ort befriedigend durchgeführt werden. Gerade die Möglichkeit, private Finanzquellen zu erschließen, ist stark von den örtlichen Gegebenheiten abhängig.

FDP – Standpunkte:

Die Kulturförderung ist integraler Bestandteil der Kommunalpolitik und muss von überproportionalen Kürzungen bei Haushaltssanierungen verschont bleiben.

Bürgerschaftliches Engagement steht zunehmend im Mittelpunkt kommunaler Kulturpolitik und muss entsprechend unterstützt werden. Kürzungen bei Vereinszuwendungen können bei Haushaltssanierungen nur letztes Mittel sein, da gerade in Städten und Gemeinden ein kulturelles Leben ohne aktive Vereine nicht denkbar ist.

Darüber hinaus müssen von der Kommune kostengünstige Räumlichkeiten für kulturelle Veranstaltungen wie etwa Veranstaltungsorte oder Proberäume für Jugendliche vermittelt werden.

Bürokratische Hemmnisse für private Kulturförderung müssen abgebaut werden.

Die Musikerziehung über Musikschulen muss weiter gewährleistet werden. Ein größerer Schwerpunkt ist dabei auf deren ursprüngliche Aufgabe zu legen, einen leichteren Einstieg in die Musikausbildung zu ermöglichen. Dazu zählt ein größerer Anteil an Gruppenunterricht. Je nach örtlichen Gegebenheiten muss auch bei den Musikschulen auf Privatisierung oder Private-Public-Partnership gebaut werden.

In den Programmen der Volkshochschulen sollen kulturelle Angebote angemessen Beachtung finden.

Liberale kommunale Sportpolitik

Situation

Jeder Dritte in Baden-Württemberg gehört dem organisierten Sport an. Darüber hinaus treiben viele Menschen individuell Sport. Sportliche Betätigung ist für die körperliche und geistige Entwicklung von herausragender Bedeutung. Bewegungsmangel ist eine wesentliche Ursache vieler Zivilisationskrankheiten. Die gemeinsame Sportausübung ist aber auch ein maßgebliches Instrument im Erziehungs- und Bildungsprozess von Kindern und Jugendlichen insbesondere bei der Vermittlung sozialer Werte und unterstützt Bemühungen zur Integration. Der Sport erfüllt somit wichtige gesellschaftspolitische und soziale Aufgaben.

Die Förderung des Sports liegt daher im öffentlichen Interesse.

Standpunkt der FDP

Auf kommunaler Ebene sind die infrastrukturellen Voraussetzungen für die allgemeine Sportausübung bereit zu halten. Dies gilt insbesondere für Bewegungsmöglichkeiten in Kindergärten und für den Schulsport. Dazu gehört aber auch der gesamte öffentliche Raum mit Kinderspielflächen, Bolzplätzen und sonstigen für Bewegung nutzbaren Anlagen.

Die sportliche, erzieherische und soziale Arbeit der gemeinnützigen Vereine ist von den Kommunen angemessen zu fördern. Deren überwiegend ehrenamtliches Engagement erspart

dem Gemeinwesen erhebliche Folgekosten bei den durch Bewegungsmangel mit ausgelösten körperlichen Beschwerden.

Tourismus, Gastronomie und Kurbetriebe

Situation

Baden-Württemberg ist das Bäderland Nr. 1, das Kulturland Nr. 1 und auch das Kulinaristikland Nr.1 mit der höchsten Sternendichte Europas. Diese Spitzenstellung verdankt Baden-Württemberg neben Land und Leuten auch einer liberalen Wirtschaftspolitik, die sich seit Jahren für den Tourismus im Land einsetzt. So haben wir die Laden- und Sperrzeiten dereguliert, die Trinkgeldbesteuerung abgeschafft, das Hotelprivileg bei den Rundfunkgebühren für Hotels unter 50 Zimmern erhalten, Flexibilisierungen beim Arbeitsrecht, z.B. beim Jugendschutz, um die Ausbildungschancen junger Menschen zu erhöhen, durchgesetzt.

Tourismus ist für viele Kommunen in Baden-Württemberg zu einem wichtigen, wenn nicht zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor geworden.

FDP – Standpunkte

Städte und Gemeinden sollten bestrebt sein, in Baden-Württemberg ihren Stellenwert als Tourismus- und Urlaubsstandort zu stärken. Dies können organisierte Marketingverbände sein, die eine Feinabstimmung zwischen allen Attraktionen in der Gemeinde mit dem Hotel- und Gaststättengewerbe vornehmen.

Kommunen müssen die Verbesserung des barrierefreien touristischen Angebots voranbringen, damit angesichts des demographischen Wandels die Ferienorte für die Zukunft gerüstet sind. Städte und Gemeinden sollten auf eine Fortentwicklung des erfolgreichen „sanften“ Tourismus auch durch den weiteren Ausbau und die Vernetzung von touristisch relevanten Fernwanderwegen und Fernradwegen setzen.

Definitionen

(1) Konnexitätsprinzip

„Wer Maßnahmen oder Vorhaben bestellt oder veranlasst, muss diese auch bezahlen“; das Konnexitätsprinzip ist an die Stichworte „Aufgabenverteilung und Aufgabenverantwortung“ gebunden.

Städte und Gemeinden werden durch Entscheidungen des Bundes und der Länder möglicherweise belastet und müssen sich vor diesen Belastungen schützen. Bund und Länder sind nach dem Konnexitätsprinzip gehalten, bei Übertragung von Aufgaben an Kommunen diese vor übermäßiger finanzieller Belastung zu schützen. Oder anders formuliert: Treffen Bund und Länder Entscheidungen zu Maßnahmen, die die Kommunen auszuführen haben, so sind die Kommunen mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten.

(2) PPP - Modell (Public Private Partnership)

Es handelt sich um eine Öffentlich - Private - Partnerschaft, im vorliegenden Fall zwischen Kommune und privater Wirtschaft.

Die private Wirtschaft übernimmt öffentliche Aufgaben in der Form einer Teilprivatisierung. Gängige Anwendungsfelder sind dabei die Generalsanierung von Straßen und Brücken, Neubau oder Sanierung öffentlicher Gebäude oder die Erschließung neuer Baugebiete.

In der Regel leisten die Kommunen gegenüber dem privaten Träger einen Teilbeitrag zu den Investitionskosten sowie auf Jahre angelegte Abzahlungsraten.

(3) Doppik

Kaufmännisches Rechnungswesen mit "doppelter Buchführung in Konten". Geschäftsvorfälle führen zu Buchungen auf zwei Konten, im Gegensatz zur seitherigen Kameralistik der öffentlichen Verwaltung, die nur Einnahmen und Ausgaben nachweist, ohne den Werteverzehr zu erfassen. Zugleich Synonym für das neue Rechnungswesen der öffentlichen Verwaltung als Gesamtkonzept, einschließlich der Grundsätze, Bewertungsregeln etc., die die Doppik der Privatwirtschaft an die Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung anpassen.

(4) FFH – Gebiete

Von der Europäischen Union festgesetzte Gebiete (Flora – Fauna – Habitat) mit besonderer Schutzwürdigkeit (Pflanzen, Tiere). In der Regel ist die Gebietsfestsetzung parzellenscharf. FFH – Gebiete sind verbunden mit Ge- und Verboten (z.B. Bauverbot, Schutz bestimmter Pflanzen und Tiere).

Die Festsetzung von FFH – Gebieten durch die EU stößt vielerorts auf Unverständnis, die mit diesen Festsetzungen die kommunalen Entwicklungen und die Bodennutzung durch die Eigentümer eingegrenzt werden.

(5) Konversionsflächen

Der Begriff Konversion (auch Umnutzung oder Nutzungsänderung) beschreibt in der Stadtplanung die Wiedereingliederung von Brachflächen in den Wirtschafts- und Naturkreislauf oder die Nutzungsänderung von Gebäuden. Der Begriff entstand im Zuge der Umnutzung ehemaliger militärischer Anlagen und wurde speziell für diese verwendet. Im Laufe der Jahre fand der Begriff auch bei anderen Entwicklungsflächen Anwendung.